

Energie- und Mobilitätswende: Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln!

BUND und IG Metall teilen die Vision eines sozial-ökologischen Industriestandorts Deutschland – und das Ziel einer intakten Natur mit lebendiger Biodiversität. Um das Pariser Klimaziel einzuhalten, die Erhitzung der Erde auf 1,5 Grad zu begrenzen und gute Arbeit auch in der Industrie von morgen zu sichern, müssen wir vor allem die Energie- und Mobilitätswende entschlossen vorantreiben. Wir werden Mobilität künftig anders denken, konzipieren und leben müssen als heute. Gemeinsam fordern wir die verhandelnden Parteien daher auf, die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

(I) Infrastruktur um- und ausbauen

Die Mobilitätsinfrastruktur muss um- und ausgebaut werden – entlang ökologischer Grenzen und mit den richtigen Prioritäten. Alle Menschen müssen Zugang zu attraktiver, klimafreundlicher und bezahlbarer Mobilität haben. Notwendig sind:

- **Ein neuer regulatorischer Rahmen:**

Gesetze, die bislang häufig einseitig den motorisierten Individualverkehr priorisieren, müssen im Sinne einer sozialverträglichen und klimafreundlichen Mobilität überarbeitet werden. Ein erster Schritt ist die Umgestaltung des Bundesverkehrswegeplans hin zu einem Infrastrukturgerüst, das auf klima- und nutzer*innenfreundliche intermodale Mobilität zielt. Der Verkehr insgesamt muss reduziert werden. Das gilt insbesondere auch für den Güterverkehr auf der Straße.
- **Umstellung von Antrieben und Geschäftsmodellen:**
 - Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation müssen die Fahrzeuge auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden. Im Personenverkehr ist die direkte Elektrifizierung die effiziente Alternative zum Verbrennungsmotor, hier braucht es v.a. einen Ausbau der Ladeinfrastruktur und Investitionen für Batteriezellen. Nicht-fossile, strombasierte Energieträger werden auf absehbare Zeit auch im Flugverkehr, der Schifffahrt und möglicherweise im Schwerlastverkehr benötigt.
 - Der Umbau hin zu integrierten Mobilitätsanbietern muss weiter gefördert werden. Die großen Unternehmen müssen dabei in die Pflicht genommen werden: Investitionen in den Umbau muss die Devise sein – statt Standortverlagerungen und exorbitante Dividenden für Aktionär*innen.
- **Ausbau erneuerbarer Energien und geringerer Ressourcenverbrauch**

Wir brauchen eine Energie- und Ressourcenpolitik, die sicherstellt, dass die planetaren Grenzen nicht überschritten werden. Es gilt:

 - naturverträgliche Erneuerbare Energien auszubauen. Ein Schwerpunkt muss auf dezentraler Energieproduktion in der Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften liegen. Damit die Mobilitätswende im Einklang mit den Pariser Klimazielen gelingen kann, brauchen wir künftig eine vollständige Versorgung mit Ökostrom. Wir brauchen einen deutlich dynamischeren jährlichen Zubau von Windenergie und eine Verdoppelung des Zubaus von Photovoltaik.
 - die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Ressourcenverbrauch zu senken: Das innovative Potenzial Deutschlands als Investitions- und Produktionsstandort für eine Repair- und Recyclingwirtschaft muss dringend gehoben werden.

Um dies zu forcieren, fordern wir eine ambitionierte Ressourcenpolitik. Darüber hinaus übergeordnete, konkrete Ressourcenschutzziele sowie stoffgruppenspezifische Unterziele, z.B. im Rahmen eines Ressourcenschutzgesetzes.

(II) Regionale Strukturpolitik forcieren

Die Mobilitätsindustrien müssen so schnell wie möglich ihre Produkte, ihre Produktion und ihre Wertschöpfungsketten anpassen, absolut deutlich weniger Ressourcen verbrauchen und weniger Treibhausgase emittieren bzw. Energie verbrauchen. Dabei geht es auch um sichere Perspektiven für gute Arbeit. Damit dies vor Ort geschieht, fordern wir:

- **Transformationsfonds einzurichten:** Diese werden benötigt zur Förderung neuer Geschäftsmodelle mit nachhaltigen Produkten und Prozessen, zur Förderung von Weiterbildungsverbänden und Reallaboren für integrierte und integrative nachhaltige Mobilitätskonzepte, um Beteiligungs- und Investitionskapital für kleine und mittelständische Unternehmen mit geringer Kapitaldecke bereitzustellen.
- **Transformationsräte einzusetzen:** Zusätzliche regionale Transformationsfonds aus öffentlichen Geldern sollten an Transformationsräte gebunden werden. Sie bestehen aus unterschiedlichen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Betriebsräten, Gewerkschaften und Sozial- und Umweltverbänden.

(III) Beim Umbau staatliche Leitplanken setzen

Der Staat kann den Umbau der Mobilitätsindustrien nicht erzwingen – aber er kann über lenkende Maßnahmen und Kriterien sowie steuerpolitische Weichenstellungen die richtigen Leitplanken setzen. Wenn öffentliche Gelder z.B. über Transformationsfonds vergeben werden, sind die folgenden Punkte relevant:

- **Staatliche Förderung nach verbindlichen Kriterien**
Zu nennen sind hier vor allem:
 - Ausrichtung von Investitionen anhand von Pfaden, die dem 1,5-Grad-Ziel entsprechen
 - Senkung des Energieverbrauchs: in der Produktion – und der Produkte während der Nutzungsphase über den gesamten Lebenszyklus hinweg
 - Her- und Sicherstellung einer rohstoffsparenden Kreislaufwirtschaft – Maßgabe sollten zum Beispiel reparaturfreundliche Produkte sein.
 - Standort-, Beschäftigungs- und Investitionszusagen an den jeweiligen Standorten in den Regionen
 - Qualifizierung der Belegschaften und Sicherung der Ausbildung durch verbindliche Quoten, im Rahmen von Zukunftstarifverträgen und Betriebsvereinbarungen
 - Tarifbindung als Voraussetzung für öffentliche Vergabe und Förderung
- **Gerechte Finanzierung**
 - Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern müssen im Sinne einer investiven Politik reformiert werden. Zudem sollten die laufenden internationalen Initiativen genutzt werden, um auf eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen hinzuwirken.
 - Die Finanzierung des notwendigen Umbaus könnte sowohl über einen Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen als auch über die Einführung einer Vermögenssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz und eine Erhöhung der Reichensteuer sichergestellt werden.

Eine Ampel-Koalition muss die Chance nutzen, um Absichtserklärungen schnellstmöglich hinter sich zulassen und die konkrete Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende in den Mittelpunkt ihres Regierungshandelns zu stellen. Wir fordern die verhandelnden Parteien daher mit Nachdruck auf: Jetzt ist nicht die Zeit für Zögern und Taktieren – jetzt muss geliefert werden!